Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 48 (1954)

Heft: 5

Artikel: Wie frei ist unsere Presse? I., Wahrheitskünderin oder Zerrspiegel? ; II., Die Presse als Geldgeschäft ; III., Dienen und Verdienen ; IV., Pressemonopole

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139897

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wie frei ist unsere Presse?

I.

Wahrheitskünderin oder Zerrspiegel?

Trotz Radio, Fernsehen, Vortragswesen, Propagandaliteratur usw. wird das Urteil der «gesitteten» Menschheit über die politischen Geschehnisse des Tages noch immer vorzugsweise von der Presse bestimmt. Was seine Zeitung ihm alle Tage an Nachrichtenstoff und Kommentar vorsetzt, das nimmt der Durchschnittsleser meistens gläubig in sich auf — mindestens bei uns zu Lande, im Unterschied etwa zu Frankreich, wo der Zeitungsleser, durch die Erfahrung gewitzigt, viel kritischer gegenüber seiner Presse eingestellt ist und sie kaum mehr recht ernst nimmt. *Unser* Leser — und ähnliches gilt für die meisten uns bekannten «Kulturländer» — läßt sich von seiner Zeitung oder Zeitschrift nur allzu willig gängeln und politisch formen. Wenn sie ihn Tag für Tag mit Schauergeschichten über den Kommunismus gruselig macht, so kommt er fast selbstverständlich allmählich zu der Überzeugung, daß die Russen nur darauf lauern, die «freie Welt» zu überfallen und zu versklaven*, und hält es für die erste vaterländische Pflicht der Behörden, eine moderne, schlagkräftige Armee aufzustellen, die diese Gefahr wo immer möglich zu bannen vermöge. Sieht er das Wort Kapitalismus immer in Gänsefüßchen gesetzt und hört er, daß die Marxisten ständig nur den Klassenkampf schüren, während die bürgerlichen Parteien das Allgemeinwohl über alle Sonderinteressen stellten, so schlägt er sich bei Wahlen und Abstimmungen natürlich auf die Seite des inneren Friedens und der nationalen Solidarität. Wenn ihm beständig versichert wird, wir lebten in der fortschrittlichsten und vorbildlichsten Demokratie der Welt, so schlürft er dieses Eigenlob wie süßen Honig (oder soll ich sagen: wie seinen täglichen Kaffee-Kirsch?) in sich hinein und sieht keinerlei Grund zu einer gründlichen Änderung der Dinge in seinem Musterland. Und so fort ins Unendliche.

Schon die Titelgebung in der Zeitung (man liest ja bald nur mehr die Überschriften) ist meistens ganz bewußt tendenziös. «Der Spionageprozeß Bonnard» (oder «Rößler-Schnieper»), «Die Pankower Marionettenregierung», «Freichina und das rote Regime von Peking», «Amerika streckt die Friedenshand aus» oder anderseits: «Kriegshetzer Dulles», «Bundesrat gegen sozialen Fortschritt», «Verbrecherische Unternehmerpraktiken» — solche und tausend andere Titel, die meist nur behaupten, was erst zu beweisen wäre, tragen mehr zur Vernebelung der Gehirne

* In einem aargauischen Landblatt las ich vor der Berliner Konferenz einen (wahrscheinlich von einer Presseagentur stammenden) Artikel, in welchem dem Leser suggeriert werden wollte, die Zustimmung der Sowjetunion zur Abhaltung der Konferenz sei wahrscheinlich nur «das Atemholen des Verbrechers, der sich zu einem Nickerchen auf der Gartenbank niederläßt».

und zur Verhetzung der Gemüter bei, als man zu denken geneigt ist. Und dann die *Auswahl* des Stoffes! Denn fast so wichtig wie das, was wirklich *in* der Zeitung steht, ist ja, was *nicht* darin steht. Das Verschweigen von Tatsachen ist oft noch viel verheerender und tückischer als ihre Entstellung und Verdrehung.

Kurz, eine journalistische Technik, die sich nicht an des großen englischen Zeitungsmannes C. P. Scott Regel hält: «Comment is free, but facts are sacred» («Der Kommentar ist frei, aber die Tatsachen sind heilig»), vermag den naiven, nicht ständig wachsamen Leser ohne sonderliche Mühe fast in jede beliebige Anschauungs- und Gefühlsrichtung zu lenken und ihm das eigene Denken und Urteilen mit der Zeit überhaupt abzugewöhnen. Und der «Manchester Guardian» (das Blatt, das Scott jahrzehntelang leitete) hatte vollkommen recht, wenn er unlängst in einem Inserat, sich selber als dem Wahrheitsdienst verschrieben vorstellend, meinte, eine Tageszeitung könne ihre Leser in einen geradezu hypnotischen Bann schlagen, der allmählich das Gehirn in einen eigentlichen Trancezustand versetze*.

Wieviele Zeitungsleser sind sich aber dieses Sachverhaltes deutlich bewußt? Wieviele fragen sich noch, ob die Presse wirklich das getreue Spiegelbild der Tagesereignisse ist, das sie zu sein beansprucht, oder nicht vielmehr oft nur ein Zerrbild des Weltgeschehens liefert? Wieviele machen sich Gedanken darüber, ob die moderne Presse überhaupt noch die Möglichkeit hat, die Wahrheit zu finden und zu sagen, mit anderen Worten: ob sie noch diejenige *Freiheit* besitzt, die ganz unerläßlich ist, wenn sie tatsachengemäß berichten und anständig kommentieren soll?

Es genügt selbstverständlich nicht, einfach auf die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit der Presse zu verweisen, um auf diese letzte Frage mit Ja antworten zu können. Die im Grundgesetz aller politischen Demokratien verankerte Pressefreiheit ist sicher ein unschätzbares Gut, dessen Wert die Diktaturstaaten nur zu ihrem eigenen größten Schaden verkennen**. Aber ist unsere westlich-demokratische Presse *wirklich* so frei, wie man uns immer erzählt? Macht sie von ihrer verfassungsrecht-

---

* Die Genfer «Suisse» zitierte letzthin (6. Mai 1954) ein Beispiel dafür, wie in einer gewissen Presse über die Genfer Asienkonferenz berichtet wird. «Tausend Chinesen», so ließ sich eine amerikanische Zeitung melden, «und mindestens zwölfhundert Russen sind in Genf eingerückt. Tanks und Maschinengewehrautos rasen durch die Straßen. Die Hotels werden militärisch bewacht, und diejenigen, die von den kommunistischen Delegationen besetzt sind, sind vollständig isoliert, da man die Nachbarblocks eines jeden dieser Hotels geräumt hat. Läden, Wohnungen, Büros usw. — alles ist geleert. Noch mehr: sogar die Post untersteht einer scharfen Zensur, und es ist unmöglich, einen Brief aus Genf abzuschicken oder einen zu erhalten, ohne daß er von der Polizei geöffnet würde.» In Genf arbeiten jetzt etwa 1200 von auswärts gekommene Journalisten ...

** Die Presseverhältnisse in den Ländern der kommunistischen Diktatur bilden *nicht* Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Das möge der Leser bedenken, der vor allem die Unfreiheit der *kommunistischen* Presse sieht und empfindet. Die Titelfrage unseres Aufsatzes lautet: «Wie frei ist *unsere* Presse?» Damit aber keinerlei

lichen Freiheit wirklich den Gebrauch, der ihrer so verantwortungsvollen Aufgabe entspräche? Das ist die Frage. Denn schließlich sollte es sich doch auch im Westen herumgesprochen haben, daß *gesetzliche* Rechte und Freiheiten und die Möglichkeit ihrer *tatsächlichen Verwirklichung* ganz verschiedene Dinge sind. Es brauchte nicht erst die grimmige Kälte und Not des vergangenen Winters, um uns daran zu erinnern, daß — mit Anatole Frances sarkastischem Wort — das Gesetz in seiner hehren Majestät dem Reichen wie dem Armen in gleicher Weise verbietet, unter den Brücken zu schlafen und Brot zu stehlen oder, auf die heutigen Pariser (und anderwärtigen) Verhältnisse angewandt, es ihm ebenso unparteiisch erlaubt, eine komfortable Fünfzimmerwohnung mit Zentralheizung zu mieten, wie sein Kind in einer Elendsbaracke erfrieren zu lassen. So kommt es auch bei der Pressefreiheit entscheidend darauf an, was aus ihr tatsächlich gemacht wird. Die Freiheit der Presse, die in unseren Verfassungen verankert ist, gilt ja nur gegenüber der *Staatsgewalt*, die «die Gazetten nicht genieren soll», garantiert aber nicht die Unabhängigkeit der Presse von *anderen*, insbesondere wirtschaftlichen Mächten und Gewalten. Wenn die Freiheit der Presse auch in dieser Hinsicht eine Wirklichkeit sein soll, dann muß sie beinhalten:

die tatsächliche Freiheit zur Herausgabe von Presseorganen für jedermann, der seine Ansichten und Forderungen zur Geltung bringen will;

die Freiheit der Konkurrenz von Informationen und Meinungen unter den Zeitungen selbst;

die Freiheit der Presse zu wahrheitsgemäßer, sauberer Information und rückhaltloser Kommentierung;

insbesondere die Freiheit der Presse von versteckten Bindungen an wirtschaftliche Interessen und politische Gruppierungen, von verwerflichen Rücksichten auf Leser- und Kundenwünsche und dergleichen;

und schließlich als Ergebnis die Freiheit des Lesers, sich allseitig zu unterrichten und, unbehindert durch nicht sachliche Einflüsse, sich diejenige Meinung zu bilden, die ihm am besten zusagt.

Mißverständnisse entstehen, sei wieder einmal festgestellt, daß ich die Pressediktatur der Oststaaten nicht minder entschieden ablehne wie diejenige des Westens. Sie ist in bestimmter Beziehung noch ärger als die westliche, da bei uns immerhin die Möglichkeit besteht, sich aus *allen* Quellen zu unterrichten, wenn auch natürlich nur eine ganz kleine Minderheit von Suchenden davon Gebrauch zu machen in der Lage oder willens ist. In den Ländern kommunistischer Diktatur ist nicht einmal diese Möglichkeit da. Die dafür gewöhnlich gegebene Begründung, daß die Durchführung und Sicherung der sozialen Revolution die Erzwingung einer Einheitsgesinnung eben einfach gebiete, werde ich nie gelten lassen. Es gibt keine offizielle Wahrheit, deren Träger das Recht hätten, die Vertreter anderer Auffassungen zu ächten und das freie Suchen nach der Wahrheit zu unterdrücken! Darum wenden wir uns ebenso unnachgiebig gegen jede *staatliche* Gleichschaltung der Geister wie wir uns gegen den *gesellschaftlichen* — moralischen und wirtschaftlichen — Gesinnungsterror in den Ländern der kapitalistischen Demokratie zur Wehr setzen.

Nur so könnte jener, bestem liberalen Glauben entsprechende Zustand erreicht werden, bei dem «du choc des idées jaillit la vérité», also aus dem Wettbewerb der Ideen zuletzt ebenso die Wahrheit herausspringt, wie nach der wirtschaftsliberalen Theorie aus der Konkurrenz der freien Unternehmer um das beste Angebot von Gütern und Dienstleistungen die vollkommene Versorgung der Verbrauchermassen hervorgehen soll. Erfüllt das moderne Pressewesen wirklich diese Bedingungen?

II.

Die Presse als Geldgeschäft

Im ganzen genommen — so muß die Antwort auf die gestellte Frage lauten — erfüllt es sie nicht, *kann* sie gar nicht erfüllen. Die liberalistische Theorie stimmt für das Pressewesen so wenig mehr wie für die übrigen Zweige der «freien» Wirtschaft, wenn sie je einmal gestimmt haben sollte. Und zwar aus dem gleichen Grunde, der für die Privatwirtschaft ganz allgemein gilt: Wie das *Gewinnstreben*, das die treibende Kraft des privaten Unternehmertums ist, mehr und mehr die Erfüllung der sachlichen Aufgaben der Wirtschaft überhaupt — die bestmögliche Versorgung der Verbraucher mit Gütern und Dienstleistungen — unmöglich macht, so auch die Erfüllung der wirklichen Aufgaben der Presse. Denn auch das Pressewesen ist ein *ausgesprochen kapitalistischer Wirtschaftszweig geworden*, dessen Seele und Lebenszweck das Geldmachen, die Gewinnerzielung ist. «Eine Zeitung», so definiert ein amerikanischer Pressemann, «ist ein Geschäft, das um des Gewinnes willen betrieben wird. Sie mag Ideale haben, aber die kann auch eine Backsteinfabrik haben *.» Und die Wirkungen dieses Tatbestandes sind um so verheerender, als die «Ware», die die Zeitung zu verkaufen hat, ihrer Natur nach von derjenigen verschieden ist, die ein gewöhnliches kapitalistisches Unternehmen auf den Markt bringt, sollte sie doch nichts anderes sein als wahrheitsgemäße Information und freie Meinungsäußerung. Ursprünglich leistete die Presse das auch fast überall, insbesondere in der Schweiz, in Form der Gesinnungspresse. Allein auch soweit die Presse Meinungspresse ist, wird sie nicht nur nach «neutralen» Geschäftsgrundsätzen betrieben, sondern — namentlich wenn sie Privatbesitz ist — in ausgesprochen kapitalistischem Geist und unterliegt damit den Gesetzen der auf Profiterzielung ausgerichteten Unternehmungsform.

Das mag in der Schweiz nicht ohne weiteres sichtbar sein. Die Auflagezahlen der schweizerischen Zeitungen und Zeitschriften sind im Vergleich zum Ausland meistens niedrig, oft sogar lächerlich niedrig. Und dementsprechend sind in den Unternehmungen, die sie herausgeben, auch relativ geringe Kapitalien angelegt. Aber auch ein mittlerer Zei-

* Zitiert bei George Marion, Stop the Press! (Neuyork, 1953.)

tungsverlag braucht heute eine Kapitalgrundlage von Hunderttausenden von Franken, ein großer eine solche von Millionen. Die Budgets schweizerischer Zeitungen gehen* bis zu sechs Millionen Franken, wobei die technische Herstellung 30 bis 50 Prozent der Gesamtausgaben erfordert, der Versand 10 bis 25 Prozent und die Redaktion rund 20 Prozent. Im Ausland steckt meistens bedeutend mehr Kapital im Zeitungsbetrieb. Nach fachmännischer Schätzung kostet in den Vereinigten Staaten allein die Maschinerie und sonstige technische Ausstattung einer modernen Zeitung mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren rund 250 000 Dollar (also nach dem Kurswert mehr als eine Million Franken). Die amerikanischen Zeitungs- und Zeitschriftenverlage insgesamt stellen (1947) einen Kapitalwert von annähernd zwei Milliarden Dollar dar, während ihr Lohn- und Gehaltskonto im selben Jahr fast eine Milliarde Dollar betrug. Kurz, die Presse ist in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zu einem typisch kapitalistischen Wirtschaftszweig herangewachsen, der im Ganzen der «freien» Privat- und Profitwirtschaft schon rein mengenmäßig eine immer bedeutendere Rolle spielt. Und das hat nun für das, das wir vorhin als tatsächliche Pressefreiheit bezeichneten, schwerwiegende Folgen.

Eine erste Folge: Die Herausgabe einer Zeitung oder Zeitschrift ist immer mehr ein *Vorrecht* kapitalkräftiger Einzelpersonen oder Gruppen geworden, also das Vorrecht einer *geringen Minderheit* in jedem Volk. «Das Papier, auf dem die Verfassung gedruckt ist, muß durch das Papier verstärkt werden, auf dem Geld gedruckt wird, bevor euer *Recht* auf Pressefreiheit *tatsächliche* Pressefreiheit werden kann.» (G. Marion.) Praktisch heißt das, daß die Presse ganz überwiegend in den Händen einer Besitzerschicht liegt, die mit dem herrschenden, dem kapitalistischen Regime solidarisch ist und die darauf beruhende gesellschaftliche Ordnung verteidigt, während die Opposition gegen dieses Regime zum größten Teil der Mittel beraubt ist, durch die Presse an das Volk heranzukommen. Ihre Ideen sind damit weithin aus dem Meinungskampf ausgeschaltet und können nicht wirklich frei, unter fairen Bedingungen, mit den anderen konkurrieren. Die Pressefreiheit ist deshalb in hohem Maße nur noch Schein, und was davon als Wirklichkeit übrig bleibt, dient lediglich dazu, diesen Tatbestand zu verhüllen und die *Illusion* einer Freiheit aufrechtzuerhalten, die für die große Mehrheit des Volkes gar nicht mehr besteht.

Wie sehr die Möglichkeit, von der gesetzlich «gewährleisteten» Pressefreiheit Gebrauch zu machen, an den Besitz *sehr* bedeutender Geldmittel gebunden ist, lehrt die alltägliche, schmerzliche Erfahrung derjenigen, die *ohne* solche Mittel versuchen, auch nur eine bescheidene Zeitschrift neu zu gründen oder aufrechtzuerhalten. Die Neugründung und Einführung von Tageszeitungen vollends ist ein derart kostspieliges Unter-

* Nach Karl Weber, Profil der Schweizer Presse (Bern, 1948).

fangen geworden, daß es nur mehr in seltenen Ausnahmefällen gelingt; in der Schweiz zum Beispiel dem Migroskonzern, der auch eine eigene Zeitung — die «Tat» — auf die Beine gestellt hat, so wie er sich Konservenfabriken, Mostereien und Bergbahnen angegliedert hat und sie bewirtschaftet. Das Normale ist so nicht, daß neue Zeitungen entstehen, sobald sich ein Bedürfnis dafür geltend macht, sondern eher daß alte verschwinden, auch wenn sie sachlich durchaus daseinsberechtigt wären.

Das ist besonders sichtbar geworden, seit die Verknappung des *Zeitungspapiers* dessen Preis auf eine Höhe getrieben hat, die für viele Verlagsunternehmungen einfach unerreichbar ist. Was eine große, moderne Tageszeitung oder Zeitschrift an Druckpapier verbraucht, ist ja ganz enorm. Einzig die Sonntagsausgabe der «New York Times», mit ihren 200 Seiten, verschlingt bei einer Auflage von einer Million Woche um Woche zu Papier gemachtes Holz aus einem Waldbestand von 35 Hektaren. Begreiflich, daß die «Times» sich ein eigenes Waldgebiet in Kanada im Umfang von 8000 Quadratkilometern — fast soviel wie die Kantone Bern und Uri zusammen — gekauft hat, aus dem es seinen Papierbedarf deckt. Insgesamt legt die große Neuyorker Zeitung allwöchentlich eine Drittelsmillion Dollar nur für Druckpapier aus. Und es gibt nicht wenige Zeitungen und Zeitschriften auf der Welt, deren Auflage diejenige der «New York Times» weit übersteigt! Daß bei diesem Riesenbedarf an Papier und dem aus natürlichen Gründen begrenzten Angebot von Holz die Preise für den unentbehrlichen Grundstoff der Zeitungsindustrie dauernd steigen und zahlreiche Presseunternehmungen dadurch in eine eigentliche Existenzkrise gedrängt werden, scheint gegeben. Tatsächlich hat denn auch ein großes Zeitungssterben eingesetzt, vor allem in Westeuropa. In Großbritannien sind in den letzten Jahren 50 Zeitungen eingegangen, in Belgien etwa 150, in Paris seit Kriegsende 24 von 33 Tagesblättern, noch abgesehen von der Verminderung des Umfanges der verbleibenden Zeitungen. Das bedeutet zweierlei: ein wachsendes Übergewicht der amerikanischen Presse in der Welt und das Überleben nur der kapitalkräftigsten Presseunternehmungen, die, wie sofort zu zeigen sein wird, keineswegs diejenigen sind, welche die Aufgaben der Presse am besten erfüllen. Die tatsächliche Pressefreiheit für alle Kreise und Gruppen, hinter denen keine beträchtliche Geldmacht steht, ist dadurch gewaltig eingeschränkt worden.

Das trifft besonders empfindlich die *Gesinnungspresse*, die in die größten Schwierigkeiten kommt, sobald sich die Herstellungskosten für die Zeitung erhöhen. Denn während die Geschäftspresse die Kostensteigerung durch Niveausenkung und nachfolgende Auflagenerhöhung wettmachen kann, bleibt *ihr* dieser Ausweg verschlossen. Tritt dazu gar noch ein Schwinden des politischen Interesses, wie das gerade auch in den «demokratischen», also sich angeblich selbst regierenden Ländern weithin der Fall ist, so ist das Schicksal vieler Gesinnungsblätter vollends besiegelt. In der französischen Provinz, wo nach der Befreiung eine

Menge ausgesprochen politisch ausgerichteter Zeitungen aus der Widerstandsbewegung herauswuchs, sind so seit 1945 nicht weniger als 101 Blätter wieder verschwunden, während zahlreiche andere mit schwersten Existenzsorgen zu kämpfen haben. Angesichts der zunehmenden «Kapitalisierung» des Zeitungsgewerbes bedeutet Pressefreiheit für die Gesinnungsblätter tatsächlich vielfach nichts anderes als die Freiheit zu sterben — falls es ihre Herausgeber nicht vorziehen, sich dem Geschmack des Leserpublikums anzupassen und damit das Daseinsrecht der Zeitung selber zu verleugnen . . .

III.

Dienen und Verdienen

Wir haben damit bereits eine zweite Folge der Umwandlung der Presse in einen kapitalistischen Wirtschaftszweig angetönt: Das Gewinnstreben entfremdet die Presse auch von innen her ihrer Aufgabe, Vermittlerin möglichst wahrheitsgemäßer Informationen und freie Tribüne für die Erörterung von Ideen zu sein. So wie das Profitstreben der kapitalistischen Wirtschaft ganz allgemein dazu führt, daß der Eigennutz über den Gemeinnutz gestellt, die *Qualität der angebotenen Ware verschlechtert,* ja geradezu Schund- und Schadenware hergestellt wird und ungesunde Bedürfnisse geweckt und befriedigt werden — man denke etwa an die Alkohol-, die Tabak- und die Vergnügungsindustrie —, so auch bei der kapitalistischen Presse: statt öffentlicher Dienst zu sein und durch Volksbildung das Allgemeinwohl zu befördern, entwickelt sich eine Tendenz, nur solche Informationen und Meinungen zu drucken, die dem geschäftlichen Vorteil des Zeitungsunternehmers dienlich sind. Nicht Dienen — Verdienen wird die Losung.

Die Zeitung wird so immer mehr abhängig von ihren Kunden, auf deren Wünsche sie die äußerste Rücksicht nimmt, und die ihrerseits vor feinerem oder gröberem Druck auf die Zeitung nicht zurückscheuen, wenn diese ihre Wünsche nicht von selber erfüllt. Von wirklicher Freiheit der Presse kann damit keine Rede sein.

Da ist zunächst die Abhängigkeit der Zeitung von ihren *Druckauftraggebern,* seien es nun Privatleute oder Behörden. Bei zahllosen mittleren und kleineren Blättern spielt insbesondere die Rücksicht auf amtliche Druckaufträge keine geringe Rolle, wenn es sich darum handelt, die Redaktionspolitik zu bestimmen.

Dann aber namentlich die Abhängigkeit der Zeitung von ihren *Inserenten.* Man weiß, daß die Einnahmen aus Inseraten diejenigen aus Abonnement und Einzelverkauf zum Teil sehr wesentlich übersteigen. (In der Schweiz setzt Karl Weber — etwas willkürlich, wie er sagt — das Verhältnis zwischen Verkaufs- und Inserateneinnahmen mit 45 zu 55 Prozent ein.) Die Steigerung der Inserateneinnahmen ist damit *das* Lebensinteresse der Zeitung; die Steigerung der Abonnentenzahl dient

mehr und mehr nur der Erhöhung ihres Insertionswertes. Und das wiederum bedeutet, daß die Inserenten die eigentlichen Herren der «freien» Presse werden. Wie André Siegfried, der international angesehene französische Soziologe, in seinem Buch über die Vereinigten Staaten schreibt:

«Die große Presse lebt bekanntermaßen nur von ihrem Anzeigengeschäft. Sie mußte darum logischerweise früher oder später unter den Einfluß der Hochfinanz und Großindustrie geraten, die diese Anzeigen vergeben, denn wenn der tägliche Leitartikel der Lehrmeinung dieser Mächte widerspricht, werden diese sehr leicht in der Lage sein, einen Druck auf finanziell wehrlose Redaktoren auszuüben ... Daraus folgt, daß die Geldmächte tatsächlich über die Möglichkeit verfügen, die Volksmeinung nach ihrer Fasson zu kneten, ihr zu verbergen, was sie nicht wissen darf und ihr zu jedem Gegenstand diejenige Auffassung vorzusetzen, von der man wünscht, daß sie sie annehme. So wird sie schließlich in ein Netz eingefangen, aus dem sie sich nicht mehr losmachen kann und von dem sie sich auf die Länge auch gar nicht mehr beengt fühlt.»

In der Schweiz stehen wir glücklicherweise erst in den Anfängen dieser verhängnisvollen Entwicklung. Aber Ansätze dazu kommen immer wieder auch zur Kenntnis des Publikums (von dem, was hinter den Kulissen vorgeht, erfährt es ja ohnehin nichts); wir erinnern aus der letzten Zeit nur an den Versuch der Kinobesitzer, die «Schaffhauser Nachrichten» durch Entzug der Kinoinserate für eine nicht ganz angenehme redaktionelle Äußerung zu bestrafen, und an die Verbannung eines Zürcher Kinokritikers aus einem bestimmten Lichtspieltheater, ebenfalls zur Strafe für eine unliebsame Bemerkung in der Zeitung. Von der Boykottierung kommunistischer (und früher sozialdemokratischer) Blätter durch die meisten bürgerlichen Inserenten wollen wir nicht einmal reden.

Die Zeitungen setzen ihrerseits alles nur Denkbare ins Werk, um ihre Inserateneinnahmen zu steigern. («Inserate werben kommt gleich nach dem Stehlen», sagte mir einmal ein Fachmann ...) Zu den harmloseren Mitteln gehört dabei die Herausgabe von Sonderbeilagen (Sport, Technik, Reisen, Radio, Fraueninteressen, Bücher, Ausstellungen, Jubiläen usw.); zu den schlimmsten hingegen die Aufstachelung der *Sensationsgier* der Leser, die schließlich die sichtbaren Hauptkunden der Zeitung sind.

Man müßte ein Buch schreiben — und kein sehr ergötzliches —, wollte man diese so typische Erscheinung des modernen Pressebetriebes angemessen darstellen. Hier genüge es, daran zu erinnern, daß der wilde Kampf um die Absatzsteigerung — als Mittel zur Mehrung der Inserateneinnahmen — bei der eigentlichen Geschäftspresse jede Rücksicht auf Anstand, Geschmack, Redlichkeit und Allgemeinwohl zurückdrängt. Was zählt, das sind einfach die verkauften Exemplare; alles andere ist Nebensache oder Mittel zum Zweck. Wahrheit der Information? Freiheit der Meinungsäußerung: Lächerliche Ideale weltfremder Träumer! Appell an Vernunft und Gewissen des Lesers? Keine Idee; Aufreizung der Gefühle und Instinkte — je vulgärer, desto besser — bringt allein den Erfolg. Das Gehirn wird planmäßig ausgeschaltet, vernebelt und verkleistert; Nervenkitzel und Sinnenerregung ist alles. Die Pressefreiheit, die *hier*

gemeint ist, ist die Freiheit, nicht zu informieren, sondern zu *de*formieren, die Freiheit, zu entstellen und zu verzerren, zu verdummen, zu verderben, zu verrohen.

Meint ihr, das sei doch etwas gar übertrieben? Dann leset, was sich unlängst die «Neue Zürcher Zeitung» aus London schreiben ließ (Nr. 3025, Dezember 1953):

«Die britische Massenpresse mit ihren Millionenauflagen ist nach der Formel entstanden, nach rein kommerziellen Gesichtspunkten dem Massenpublikum genau das zu geben, was es offenbar haben will: ‚Crime, sex and gossip.' (Verbrechen, Erotik und Klatsch.) Die Schlagzeilen und Artikel gewisser Londoner Tageszeitungen, vor allem aber die Sumpfblüten der populären Sonntagsblätter, erwecken den Eindruck, die Welt drehe sich um Lustmorde, Hofklatsch und Windhundrennen.»

Und der Korrespondent fügte bei, Randolph Churchill, der Sohn des Premierministers, habe bei einer jüngsten Gelegenheit bissig bemerkt, man sollte eigentlich einen Orden für pornographische und kriminologische Extraleistungen schaffen, «um damit besonders saftig schreibende Journalisten auszeichnen zu können».

Mit einer gewissen Presse in anderen Ländern der «freien Welt» — Frankreich, Westdeutschland, Italien, Schweden und besonders Amerika — steht es bekanntlich nicht besser als mit der englischen Geschäfts- und Sensationspresse. «Mit einer *gewissen* Presse», sagen wir; denn die anständige Presse lebt auch noch, und wir dürfen uns glücklich schätzen, daß die Schweizer Presse von der Seuche der Sensationsmache verhältnismäßig wenig erfaßt ist. Aber daß Anlagen und Anfälligkeiten dafür auch in unserem Zeitungs- und Zeitschriftenwesen bestehen — wer möchte das leugnen? Auf alle Fälle geht, international gesehen, die *Tendenz* in dieser Richtung, mindestens in den bürgerlich-kapitalistischen Ländern. Denn man mag gegen die Presse der kommunistischen Länder sagen, was man will: das eine ist sicher, daß sie in einem für uns fast unvorstellbaren Maß frei von Schmutz- und Schundproduktion ist und viel eher nach der anderen Richtung hin sündigt — durch Langweiligkeit und weit übertriebene Pflege der politischen Propaganda und Erziehung. Man vergleiche nur einmal die Ostberliner mit den Westberliner Zeitungen und Magazinen!

Natürlich wäre die ganze Sensationspresse überhaupt nicht möglich geworden, wenn nicht im Leserpublikum selbst entsprechende Neigungen diesem Zeitungstypus entgegengekommen wären, wenn nicht das geistige und sittliche Niveau einer vermaßten Bevölkerung bedenklich gesunken, das ernste politische Interesse zurückgegangen, der Geschmack vergröbert und der Lebensstil so stark veräußerlicht worden wäre, wie dies als weltweit verbreitete Zeiterscheinung tatsächlich der Fall ist. Aber daß die Presse diese Tendenzen ihrerseits mächtig fördert und in der Leserschaft die neuen «Bedürfnisse» vielfach erst hervorgekitzelt hat, kann ebenso wenig bezweifelt werden.

IV.

Pressemonopole

Eine dritte und besonders verderbliche Folge der Entwicklung des Pressegewerbes zur kapitalistischen Profitindustrie ist seine *Zusammenballung* zu immer größeren *Einheitsgebilden*. Es ist wiederum der gleiche Vorgang wie in der kapitalistischen Wirtschaft ganz allgemein: In dem Maße, da das angelegte Kapital größer und schwerer wird, wird auch das Streben nach Sicherheit immer stärker und die Lust zum «gefährlichen Leben» schwächer. Die Tendenz geht nicht mehr so sehr auf Ausschaltung des Leistungsunfähigeren im rücksichtslosen Konkurrenzkampf, in dem nur der «Tüchtigere» überlebt, als auf Abschwächung des Konkurrenzkampfes durch Vereinbarungen, Konzern- und Trustbildungen und überhaupt Zusammenschlüsse aller Art sowie gleichzeitig auf Schaffung großer Wirtschaftseinheiten, die zwar unter sich in Konkurrenz liegen, aber die kleineren, schwächeren Unternehmungen erdrücken oder sie doch von den großen, starken mehr und mehr abhängig machen.

Auch in der Presseindustrie hat sich diese Tendenz immer augenfälliger durchgesetzt: einerseits Zeitungsriesen und Großverlage, anderseits Zeitungsketten und Pressekonzerne. Am meisten in den *Vereinigten Staaten*. Allgemein bekannt sind die dort bestehenden *«Kettenzeitungen»*, also Zeitungen, die zwar an verschiedenen Orten erscheinen, aber dem gleichen Konzern gehören: die Hearstblätter (heute noch 16 an der Zahl), die Scripps-Howard-Blätter (17), die McCormick-Patterson-Zeitungen (3) usw. Bezeichnend ist, daß sich innerhalb der großen, landesweiten Pressekonzerne selbst in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Konzentration vollzogen hat durch Stillegung einer ganzen Anzahl von Konzernblättern, während die Zahl der Zeitungen, die regionalen Konzernen angeschlossen sind, ständig zunimmt. So gab es denn in den USA im Jahr 1945 76 Zeitungsketten mit zusammen 375 Blättern, die mehr als die Hälfte (53,8 Prozent) der Auflage aller amerikanischen Zeitungen hatten. 14 Presseunternehmungen hatten allein den vierten Teil der Gesamtauflage der amerikanischen Tagespresse an sich gezogen. Von 1394 amerikanischen Städten hatten nur noch 127 mehr als eine einzige Tageszeitung; wenn ein zweites Blatt erschien, gehörte es oft dem gleichen Unternehmer wie das erste. Zwischen 1930 und 1944 verschwanden 576 Tageszeitungen ganz von der Bildfläche.

Bei den amerikanischen *Zeitschriften* ist die Monopoltendenz womöglich noch stärker ausgeprägt. Die großen Konzerne, wie Luce, Crowell, Curtis, Pew, Fuller, nehmen mit den Millionenauflagen ihrer Wochen- und Monatsschriften eine völlig beherrschende Stellung ein; «Reader's Digest» (Verlag DeWitt Wallace) setzt — allerdings nicht in den Vereinigten Staaten allein — allmonatlich mindestens 11 Millionen Exemplare ab und erreicht damit tatsächlich vielleicht 50 Millionen Leser.

Von den 16 000 Wochenzeitungen, die es noch 1910 in Amerika gab, bestehen heute kaum mehr 10 000*.

Weitgehend ist die Presse auch in *Großbritannien* zentralisiert. Ein im Jahr 1949 erschienener Bericht der amtlichen Kommission zur Untersuchung des Pressewesens stellt fest, daß die neun großen Londoner Morgenblätter mit ihren Kopfblättern in Nordengland und Schottland die britischen Haushaltungen fast vollständig beherrschen. Die Konzerne der diversen «Presselords» (Northcliffe, Kemsley, Beaverbrook, Rothermere usw.), eingeschlossen die fünf «Ketten» von Provinzblättern, sind rein kapitalistisch betriebene Neuigkeits- und Meinungsfabriken, wobei das Betrüblichste wohl ist, daß auch die Labourpresse («Daily Herald», «Daily Mirror», «Reynold's» usw.) genau die gleichen Werbe- und Aufmachungsmethoden gebraucht wie die bürgerliche Sensationspresse; mit ihren Millionenauflagen hat sie zwar äußeren Erfolg gehabt, aber von sozialistischem Geist ist — mit Ausnahmen — darin nicht mehr viel zu spüren.

In *Frankreich* liegen die Dinge ähnlich; wenn hier auch die großen Pressekonzerne und Zeitungsketten mehr oder weniger fehlen, so nimmt doch die Pariser Geschäftspresse eine derart überragende Stellung im öffentlichen Leben des Landes ein, daß man auch hier von einer ausgesprochenen Konzentrations- und Monopoltendenz reden kann, die für die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse tödlich ist**.

In *Deutschland* wiederum hatte sich schon vor der Ära Hitler eine ganze Anzahl eigentlicher landesweiter Pressetrusts entwickelt: Scherl, Ullstein, Hugenberg usw., wozu eine Reihe regionaler Konzerne ähnlichen Charakters kamen. Im Dritten Reich gehörte dann die Zentralisierung und Gleichschaltung der Presse zu den vornehmsten Aufgaben des Regimes; aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte — schon aus wirtschaftlichen Gründen — diese Tendenz kräftig weiter, so daß im Vergleich zur Weimarer Zeit die Zahl der Zeitungen beträchtlich zurückgegangen ist, während ihre Auflage, nicht zuletzt auch dank der Menge von Bezirksausgaben und Kopfblättern, erheblich gestiegen ist.

In der *Schweiz* können wir froh sein, daß der föderative Aufbau unseres Staatswesens, seine Mehrsprachigkeit und der partikularistisch-provinzielle Geist der Bevölkerung der Zentralisierung der Presse be-

---

* Die obigen Angaben stammen alle aus dem Buch von Marion «Stop the Press!» und dem von George Seldes «1000 Americans», die sich ihrerseits beide auf amtliche und halbamtliche Veröffentlichungen stützen.

** Nach einer mir nachträglich bekannt gewordenen Statistik hat immerhin die Pariser Presse seit der Vorkriegszeit, wo ihre Auflage nur wenig höher war als diejenige der Provinzpresse, an Verbreitung stark verloren, während die Provinzpresse heute rund 50 Prozent mehr Leser hat als damals. Die Zahlen sind:

	1939	1947	1949
Pariser Presse	5 750 000	4 050 000	3 992 000
Provinzpresse	5 250 000	8 045 000	7 565 000

Über die Entwicklung seit 1949 fehlen genaue Angaben.

stimmte Grenzen setzt. So erscheinen denn in nicht weniger als 230 von den rund 3000 Gemeinden des Landes politische Zeitungen, oft genug mehrere am selben Ort — eine im Vergleich zum Ausland ungewöhnliche Denzentralisierung des Pressewesens. Dennoch ist auch bei uns der Zug zur Zentralisierung unverkennbar, nicht allein im Blick auf den wachsenden Einfluß der großen Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch wenn man an die Bildung von kapitalstarken Pressekonzernen denkt, die eine ausgesprochen monopolistische und gleichschaltende Tendenz haben. In der deutschen Schweiz ist typisch dafür etwa der Ringier-Verlag in Zofingen mit seinen Massenzeitschriften, in der welschen Schweiz der Payotkonzern in Lausanne. Beim Tode von Samuel Payot, Ende 1953, erfuhr auch die weitere Öffentlichkeit, daß dieser Mann an der Spitze zweier großer Zeitungsunternehmungen («Tribune de Lausanne» und «Feuille d'Avis de Lausanne») sowie der Imprimeries Réunies stand, die eine ganze Reihe von Zeitschriften herausgibt, daneben auch der Leitung der Kiosk AG in Bern, der Verlagsgesellschaft Sonor in Genf («La Suisse» und verschiedene Zeitschriften) und anderer Unternehmungen der Branche angehörte.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Druckpapiers für das Zeitungsgewerbe und die Pressefreiheit ist es nicht uninteressant, daß auch die schweizerische Papierindustrie stark «konzerniert» ist. Führend ist hier die Genfer Familie Naville. «Mit den ihnen eng verwandten Zürcher Finanzfamilien Vogel und Bodmer beherrschen die Naville vom hochgelegenen St. Moritz aus eine Reihe von angeschlossenen Unternehmungen der Branche im Mittelland. Es gehören den Naville-Bodmer-Vogel die Buntpapierfabrik Herisau, die Pavag Kraftpapier Zug, die große Papierfabrik Cham. Der Schwager Navilles, Leo Bodmer, Miteigentümer der Papierfabrik Cham, ist auch Verwaltungsrat der ‚Neuen Zürcher Zeitung'. Naville spielt auch im westschweizerischen Buchhandel eine wichtige Rolle. So befindet sich der Rohstoff, der der freien Meinungsäußerung zugrunde liegt, in den Händen eines finanzkräftigen Familienklans.» («Der Öffentliche Dienst», Nr. 4, 1952.)

Ein gefährlicher Rohstoff, in der Tat! Denn daß sein Besitz oder Nichtbesitz über Leben und Tod von Zeitungen und Zeitschriften entscheiden kann, geht schon aus dem hervor, was wir früher über die Bedeutung des Druckpapiers für die Presseindustrie gesagt haben. Die Verfügung darüber wird denn auch immer mehr als eine der wirksamsten Waffen im Kampf um die Beherrschung der öffentlichen Meinung benützt. Von dem relativ immer knapper werdenden Weltvorrat an Druckpapier zieht die nordamerikanische Presse immer mehr an sich (3,9 Millionen Tonnen im Jahre 1946, 5,9 Millionen im Jahre 1951), während Westeuropa, Asien, Afrika, Australien und Lateinamerika immer weniger und zu immer höheren Preisen bekommen. Innerhalb der Vereinigten Staaten aber reißen 200 große Zeitungen mehr als 85 Prozent allen Druckpapiers an sich (die drei Zeitungsketten von Hearst,

Scripps-Howard und McCormick allein 25 Prozent), so daß mehr als 1900 kleinere Blätter sich in den Rest von 15 Prozent teilen dürfen. Fünf große Zeitschriftenverlage — Luce, Curtis, Crowell-Collier, Hearst und McCall — verbrauchen allein 52 Prozent des gesamten für Zeitschriften verfügbaren Druckpapiers. Wie dieser ganze Sachverhalt auf die Lebensmöglichkeiten einer wirklich unabhängigen Presse wirken muß, und was für Ränke, Druck- und Erstickungsmanöver gegenüber mißliebigen politischen Außenseitern oder gegenüber eigentlichen Oppositionsblättern dabei vorkommen, das mag sich der Leser selbst ausmalen.

(Schluß folgt) *Hugo Kramer*

Erklärung

zu der «Stellungnahme des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend zu Fragen des inneres Gefüges der deutschen Streitkräfte in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft»

Die Hauptversammlung des «Bundes der Deutschen Katholischen Jugend» hat am 11. November in Altenberg eine «Stellungnahme zu Fragen des inneren Gefüges der deutschen Streitkräfte in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» beschlossen.

Hat niemand die grimmige Ironie bemerkt, daß diese Stellungnahme ausgerechnet am 11. 11., dem Fest des heiligen Martin, zustande kam?

Der heilige Martin, der große Bischof von Tours, ist nicht nur der Reiter, der seinen Mantel geteilt hat, sondern der Heilige, der seinem christlichen Kaiser die Waffen vor die Füße geworfen hat, als dieser ihm befahl, gegen die Heiden und Barbaren aus dem Osten, damals waren es die Germanen, zu Felde zu ziehen. «Es geschah um das Jahr 341 in der Gegend von Worms am Vorabend einer Schlacht. Man verteilte gerade vor den Augen des Kaisers den außerordentlichen Kampfsold. Da trat Martin, der seine Beurlaubung erbeten hatte, vor die Front. Anstatt aber zum Zahlmeister zu gehen, schritt er direkt auf den Kaiser zu mit den Worten: ‚Mein Kaiser, bis heute habe ich Euch gedient, gestattet nun, daß ich von jetzt ab Gott diene. Mögen jene, die in den Kampf ziehen wollen, Euren Sold nehmen. Was mich betrifft, ich bin Soldat Christi. Mir ist es nicht erlaubt zu kämpfen.' Der Kaiser, dem diese Erklärung unerwartet kam, war aufgebracht: ‚Es ist keineswegs ein religiöses Gefühl, sondern die Furcht vor der Gefahr, die dich zur Verachtung des Waffendienstes treibt.' — ‚Wenn man meinen Glauben als Furcht bezeichnet, gut denn', erwiderte der junge Held, ‚so möge man mich morgen ohne Waffen vor die Front stellen; ich werde im Namen Jesu, als einzige Verteidigung das Zeichen des Kreuzes tragend, ohne Furcht